

Sitzungsniederschrift

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen führte die 16. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Mittwoch, dem 04.05.2016 in Kremmen, Am Markt 1, Rathaus, Ratssaal - Eingang Mühlenstraße um 19.30 Uhr durch.

a) anwesend

Reckin, Detlef	Vorsitzender
Sasse, Klaus-Jürgen	Mitglied
Beuchel, Björn	Mitglied
Mittelstädt, Gerhard	Mitglied
Brunner, Christoph	Mitglied
Falkenberg, Fritz	Mitglied
Kurth, Jürgen	Mitglied
Bommert, Frank	Mitglied
Förster, Arthur	Mitglied
Fritz, Uwe	Mitglied
Ganschow, Margareta	Mitglied
Koop, Eckhard	Mitglied
Tietz, Reiner	Mitglied
Kretzschmar, Andreas	Mitglied
Busse, Sebastian	Mitglied
Dr. Gebauer, Stefanie	Mitglied
Voigts, Malte	Mitglied
Karas, Sonja	Mitglied

b) abwesend

Winkler, Peter	Mitglied
----------------	----------

c) von der Verwaltung anwesend

Frau Haak, Frau Schönrock, Frau Tamms

d) Gäste

Herr Dr. Zschiedrich - Rechtsanwalt der Verwaltung

e) Presse

MAZ, OGA

Die Mitglieder waren durch **-abgekürzte -** Einladung vom **04.05.2016** auf **Mittwoch**, den **04.05.2016** unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben.

Der Vorsitzende stellte bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die **- abgekürzte -** Einberufung keine Einwendungen erhoben wurden. Die Stadtverordnetenversammlung war - nach der Zahl der erschienenen Mitglieder - **beschlussfähig**.

Bestätigte Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Informationen des Bürgermeisters
- 3.1 Beschluss: Missbilligung der Arbeit des Bürgermeisters
Beschlussvorlage - 01-37-2016
4. Einwohnerfragestunde
5. Anfragen und Informationen der Abgeordneten

II. Nichtöffentlicher Teil

1. Beratung und Beschluss: Beratung und Beschluss: Genehmigung der Vergabe der Bauträgerleistungen für die Errichtung einer Asylbewerberwohnanlage für 240 Bewohner
Beschlussvorlage - 01-31-2016
1. Beratung und Beschluss: Aufhebung des Beschlusses Nr. 01-12-2016 (Vergabe der Bauträgerleistungen für die Errichtung einer Asylbewerberwohnanlage für 240 Bewohner)
Beschlussvorlage - 01-35-2016
2. Beratung und Beschluss: Vergabe der Bauträgerleistungen für die Errichtung einer Asylbewerberwohnanlage
Beschlussvorlage - 01-36-2016
3. Anfragen und Informationen der Abgeordneten

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift und Beschlüsse	Abstimmungsergebnis		
	Stadtverordnetenversammlung am 04.05.2016	Ja	Nein	Enth
	I. Öffentlicher Teil			
1.	<p>Eröffnung der Sitzung</p> <p>Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Detlef Reckin, eröffnet am Donnerstag, dem 04.05.2016 um 19:31 Uhr die Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung mit verkürzter Ladungsfrist. Er begrüßt die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, die Vertreter der Verwaltung und die Bürger sowie die Pressevertreter.</p> <p>Der Vorsitzende stellt die Dringlichkeit der Stadtverordnetenversammlung und die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Einwendungen gegen die Ladung mit verkürzter Ladungsfrist werden nicht erhoben.</p> <p>Zudem stellt der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit fest. Von insgesamt 19 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind 15 anwesend. Herr Winkler fehlt entschuldigt.</p>			
2.	<p>Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Herr Reckin verweist auf die Beschlussvorlagen -01-35-2016 und 01-36-2016, die als Tischvorlagen den Abgeordneten übergeben wurden. Er bittet, den TOP 1 im nicht öffentlichen Teil zu streichen und dafür die beiden Tischvorlagen zu behandeln. Herr Sasse begründet die Dringlichkeit und den Änderungsantrag. Lt. Schreiben der Kommunalaufsicht vom 03.05.2016 (Posteingang in der Verwaltung am 04.05.2016) ist der Beschluss vom 21.01.2016 infolge der kommunalaufsichtlichen Beanstandung suspendiert.</p> <p>Aus verfahrenstechnischen und verfahrensrechtlichen Gründen kann er deshalb nicht "abgeändert" werden. Der Beschluss vom 21.01.2016 müsse demzufolge aufgehoben werden und ein neuer Vergabebeschluss ist notwendig.</p> <p>Herr Tietz beantragt, den Tagesordnungspunkt 3 (Informationen des Bürgermeisters) "und Beratung" hinzuzufügen.</p> <p>Zwischenzeitlich erscheint Herr Kurth um 19:34 Uhr, so dass 16 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend sind.</p> <p>Frau Dr. Gebauer beantragt, den Vergabebeschluss (01-36-2016) zur übernächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu verschieben, da in der Begründung die Mehrkosten in Höhe von 237.566,22 € aufgelistet sind. Über diese Mehrkosten entscheidet jedoch die</p>			

<p>Stadtverordnetenversammlung erst am 12.05.2016. Vorsorglich weise sie darauf hin, dass gemäß § 25 Abs. 1 BbgKVerf die Abgeordneten persönlich für den der Stadt entstehenden Schaden haften. Aus den übergebenen Unterlagen ist ersichtlich, dass das Verfahren fehlerhaft sei. Wenn heute der Vergabebeschluss mit den aufgelisteten Mehrkosten gefasst wird, handeln die Abgeordneten fahrlässig. Der Zweck heiligt nicht die Mittel. Herr Sasse sagt, dass die Mehrkosten nicht Teil dieser Vergabe sind. Frau Dr. Gebauer verweist nochmals auf die Auflistung in der Begründung der Beschlussvorlage.</p> <p>Zwischenzeitlich erscheint Herr Bommert um 19:36 Uhr, so dass 17 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend sind.</p> <p>Herr Reckin bittet nacheinander um Abstimmung der Anträge. Zuvor meldet sich noch Herr Bommert zu Wort. Er finde es sehr kritisch, über Beschlussvorlagen abzustimmen, die heute erst als Tischvorlagen ausgereicht wurden. Herr Sasse weist auf die Dringlichkeit der zu ändernden Tagesordnung aufgrund des Schreibens der Kommunalaufsicht hin, das heute in der Verwaltung eingegangen ist.</p> <p>Nach kurzem Wortwechsel zwischen Herrn Bommert und Herrn Sasse stellt Herr Tietz den Antrag, über die Änderungsanträge zur Tagesordnung abzustimmen.</p> <p>Daraufhin bittet Herr Reckin aufgrund der Dringlichkeit, wie vom Bürgermeister dargelegt, um Abstimmung über die Streichung des TOP 1 im nicht öffentlichen Teil (Beratung und Beschluss: Genehmigung der Vergabe der Bauträgerleistungen für die Errichtung einer Asylbewerberwohnanlage für 240 Bewohner, Beschlussvorlage - 01-31-2016) und die Aufnahme folgender Tagesordnungspunkte: Beratung und Beschluss: Aufhebung des Beschlusses Nr. 01-12-2016 (Vergabe der Bauträgerleistungen für die Errichtung einer Asylbewerberwohnanlage für 240 Bewohner, Beschlussvorlage- 01-35-2016) und Beratung und Beschluss: Vergabe der Bauträgerleistungen für die Errichtung einer Asylbewerberwohnanlage, Beschlussvorlage-01-36-2016).</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 7 Enthaltungen: 1 Die Tagesordnung wird dahingehend geändert.</p> <p>Frau Karas erscheint um 19:41 Uhr, so dass 18 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend sind.</p>			
---	--	--	--

	<p>Es folgt die Abstimmung über den Antrag von Herrn Tietz, den TOP 3 wie folgt zu ändern: Informationen des Bürgermeisters und Beratung.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen 7 Enthaltungen: 2 Mit dem Abstimmungsergebnis wird der TOP 3 dahingehend geändert.</p> <p>Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über den Antrag von Frau Dr. Gebauer zur Vertagung des Vergabebeschlusses zur übernächsten Sitzung.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen 8 Enthaltungen: 4 Mit dem Abstimmungsergebnis ist der Antrag abgelehnt.</p>			
3.	<p>Informationen des Bürgermeisters</p> <p>Zu Beginn verliest Herr Sasse eine Erklärung zum Vergabeverfahren und zu den Maßnahmen der Vergabeverfahren in der Stadt Kremen sowie vorgesehene weitere Maßnahmen (Anlage). Um Schadensersatzansprüche für die Stadt Kremen zu vermeiden und das Bauvorhaben nicht zum Stoppen zu bringen, setzte er auf eine Einigung mit der Kommunalaufsicht.</p> <p>Es folgen umfangreiche Wortmeldungen. U. a. meldet sich Herr Bommert zu Wort. Er hätte vom Bürgermeister eine freie Rede erwartet und nicht "nur" ein Vorlesen. Sehr positiv sehe er, dass die Erkenntnis in der Verwaltung angekommen sei. Wie mit den Beschwerdeführern zu Beginn umgegangen wurde, sei sehr bedauerlich. Die Stellungnahmen der Rechtsanwälte zeigen zahlreiche Mängel im Vergabeverfahren auf. Er hätte eine derart schlechte Arbeit nicht vermutet. Dies spreche nicht für die Verwaltung. Nicht die Mitarbeiter, sondern die Führung ist hier verantwortlich. Zudem verweist Herr Bommert auf eine Mail, die Frau Stolzenberg an eine Kita-Leiterin geschrieben hat. Frau Stolzenberg weist darauf hin, dass das Vergabeverfahren für ein Spielgerät nicht abgeschlossen werden könne mit der Begründung, dies liege an einigen Abgeordneten. Das kann nicht sein und er möchte, dass mit ihr gesprochen wird. Weiterhin möchte Herr Bommert wissen, welche Konsequenzen aus dem Verfahren gezogen werden. Es jetzt so schnell abzutun, sei nicht richtig. Schließlich sei die Stadt knapp an einem Schaden von etwa einer halben Millionen Euro vorbeigekommen. Er könne nur hoffen, dass die</p>			

	<p>Kommunalaufsicht das Vorhaben nicht kippt. Erneut heute so schnell abzustimmen, halte er für falsch. Die Tischvorlagen hätten vorab per Mail verschickt werden können.</p> <p>Herr Brunner erinnert an die Kommunalaufsicht, die mit aller Gewalt das Gewerbegebiet Orion verhindern wollte. Auch war die Kommunalaufsicht gegen die Sanierung des Scheunenviertels. Wenn er schon sehe, dass Herr Rink diese Beanstandung unterschrieben hat, habe er erhebliche Bedenken für die fachliche Eignung. So dürfen z.B. Vermessungskosten nicht ausgeschrieben werden, diese richten sich nach der Vermessungsgebührenordnung. Herr Rink habe seine Position doch nur durch ein Postengeschacher der Parteien bekommen.</p> <p>Herr Kretzschmar verweist auf die Schreiben der Kommunalaufsicht und die Stellungnahmen der Rechtsanwälte. Er ist der Auffassung, dass die gemachten Fehler heilbar seien und die Vergabe hätte sicherlich nicht aufgehoben werden müssen. Zudem verweist Herr Kretzschmar auf ein Schreiben von Abgeordneten an Herrn Dr. Kaatzsch. Er fragt Herrn Bommert, warum sich Abgeordnete dazu ermächtigt sehen, auf Vertragsverhältnisse Einfluss zu nehmen. Die Abgeordneten beauftragten den Bürgermeister mit der Durchführung. Es handelte sich nur um einen Hinweis an Herrn Dr. Kaatzsch, erklärt Herr Bommert. Die eigentliche Absicht bestand darin, das Projekt aufzuhalten, entgegnet Herr Tietz. Herr Bommert ist sicher, dass dieses Projekt nicht mehr gestoppt wird. Er hoffe, dass die Kommunalaufsicht dieses Vorhaben nicht zu Fall bringt. Die Abgeordneten hätten nachgefragt und bei ein paar Dingen seien sie einfach abgeledert worden. Jeder ist seinem Gewissen verpflichtet.</p> <p>Herr Mittelstädt gibt Herrn Bommert in einigen Punkten recht. Er sei jedoch irritiert über die Tatsache, dass nach dem Entdecken der Mängel gleich die Kommunalaufsicht um Klärung gebeten wurde. Persönlich vermisse er ein Vorabgespräch mit der Verwaltung, hier hätte der Unmut und die Kritik der Abgeordneten zum Ausdruck gebracht werden können. Wie in der vergangenen Sitzung bereits bemerkt, habe sich das politische Klima verschärft. Es sollte Wert darauf gelegt werden, dieses zu entschärfen. Die Abgeordneten sollten interessiert sein, ein Bild der Stadt zu schaffen, in der es Freude macht zu leben.</p> <p>Herr Koop berichtet, dass erst nach wiederholter Nachfrage eine Akteneinsichtnahme gewährt wurde.</p>			
--	--	--	--	--

	<p>Herr Fritz betont, dass er nicht gegen das Projekt sei, sondern gegen die Art und Weise. Er erinnert an die Unterlagen in der Dezembersitzung, die sehr lückenhaft waren (z. B. Raumaufteilung, Größe der WC's). Außerdem erwartet er, dass Firmen aus der Region beteiligt werden.</p> <p>Herr Tietz stimmt Herrn Bommert dahingehend zu, dass die Sache nicht so stehen bleiben könne und verliest einen Beschlussvorschlag.</p> <p>Frau Dr. Gebauer ist völlig klar, dass Menschen in Not geholfen werden muss, aber auch die Verantwortung für die Stadt Kremmen. Ihr sei nicht klar, wie dieser vorliegende Beschluss die Fehler beheben soll. Die Vergabe hätte aufgehoben werden müssen und ein neues Vergabeverfahren wäre notwendig. Die Stadtverordnetenversammlung legitimiert Fehler, die gemacht worden sind.</p> <p>Herr Sasse verweist auf die Stellungnahmen der Rechtsanwälte. Er stand vor der Entscheidung, entweder Rechtsmittel gegen die Beanstandung einzulegen oder den Maßgaben der Kommunalaufsicht zu folgen. Um das Vorhaben nicht zu gefährden, entschied er, den Maßgaben der Kommunalaufsicht zu folgen.</p> <p>Herr Koop bezieht sich auf beide Stellungnahmen der Rechtsanwälte und sehe erhebliche selbst beeinflusste Fehlerquellen. Er könne nicht nachvollziehen, dass mit einer Entschuldigung alles vergeben und vergessen sein soll. Bereits seit einigen Jahren wurden Vergaben bemängelt, und stets wurde eine Besserung versprochen. Dass die Vergabe rechtswidrig sei, könne auf den 1. Blick erkannt werden. Das heutige Schreiben der Kommunalaufsicht ist im Gegensatz zur Beanstandung butterweich formuliert. Man könne Rechtsverstöße nicht ausdrücken wie Pickel. Von Beginn an wurde nur darauf hingearbeitet, die eine Firma zu beauftragen. Wie soll das erklärt werden? Die beiden Rechtsanwälte haben jeweils einen unwahrscheinlich langen Text formuliert. Herr Dr. Harms traue sich nicht so richtig, die Wahrheit zu sagen. Und Herr Dr. Zschiedrich ist schon seit langen Jahren der Rechtsanwalt der Verwaltung.</p> <p>Nach Abschluss aller Wortmeldungen bittet der Vorsitzende um Abstimmung über den Beschlussvorschlag von Herrn Tietz.</p>			
3.1	Beschluss: Missbilligung der Arbeit des Bürgermeisters			

	<p>Beschlussvorlage - 01-37-2016</p> <p>“Wir, die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, sind erschrocken über aufgedeckte Mängel in der Vergabepraxis der Stadtverwaltung, gerade weil es sich um ein solch wichtiges Objekt, die Häuser für die Flüchtlinge handelt. Wir missbilligen die Arbeit von Bürgermeister Sasse in dieser Sache, der diesen Zustand zu verantworten hat.</p> <p>Wir unterstützen die von Bürgermeister Sasse vorgetragenen Maßnahmen zur Abänderung dieser Situation ab sofort und in der Zukunft. Wir weisen darauf hin, dass sich die Stadtverordnetenversammlung in der Vergangenheit schon mehrfach mit Mängel in der Vergabepolitik auseinandergesetzt hat und Schlussfolgerungen daraus versprochen und auch eingeleitet wurden. Da das nicht - wie sich nun zeigte - ausgereicht hat, sollte jetzt eine neue interne Vergabeordnung als Dienstanweisung ausgearbeitet und in Kraft gesetzt werden, ergänzt durch eine Check-Liste, wann was und durch wen im Vergabeprozess zu geschehen hat und was zu dokumentieren ist.</p> <p>Diese Unterlagen sind der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis zu geben. Die beteiligten Mitarbeiter sind darüber zu schulen, die Teilnahme ist zu dokumentieren.”</p>			
	<p>Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag</p>	16	0	2
4.	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Herr Schlichting meldet sich zu Wort. Die letzten Monate waren sehr interessant. Ziel sollte es jedoch sein, diese Stadt weiter zu entwickeln. Demokratisch und vernünftig solle weiter gearbeitet werden. Dies sei ein ganz wichtiges Anliegen, erklärt Herr Tietz. Die Abgeordneten sollten sich überlegen, wie die Entwicklung der Stadt mit den Bürgern besprochen werden kann. Stehen Entscheidungen zur Stadtentwicklung an, könnten eine Woche zuvor Einwohnerversammlungen durchgeführt werden. Die Stadtverordnetenversammlung müsse die Arbeit stärker mit den Bürgern verzahnen. Herr Reckin verweist in diesem Zusammenhang auf die Ortsbeiräte.</p> <p>Herr Busse sei 2008 in die Politik gegangen, um gemeinsam etwas zu erreichen. Wenn eine Entscheidung getroffen wird, müsse die Entscheidung akzeptiert werden. Das ist auch bei diesem Vorhaben so. Es gehe um ein Projekt von über 3 Mio. Euro. Es war eine knappe Entscheidung, dass es Kritik und Nachfragen gibt, ist legitim. Vernünftig miteinander zu arbeiten und sich für den Bürger einzusetzen, sei sein Ziel.</p> <p>Herr Voigts ist auch dieser Meinung. Man solle jetzt nicht mehr zurückschauen, die Stadtverordnetenversammlung sollte sich auf das Wesentliche konzentrieren.</p> <p>Auf Anfrage von Frau Sommer erklärt Herr Sasse, dass derzeit 60 Flüchtlinge in Kremmen untergebracht seien. Zudem möchte Frau Sommer noch wissen, ob das Projekt in der</p>			

	<p>Größenordnung angesichts der sinkenden Flüchtlingszahlen noch notwendig sei. Laut Informationen des Landrates wird der Kreis die Plätze benötigen, erklärt Herr Sasse.</p> <p>Anschließend melden sich mehrere Bürger zu Wort. U. a. ist ein Bürger der Meinung, dass in der Stadtverordnetenversammlung zu viel gemauschelt werde unter dem Motto "Wir machen was wir wollen und es wird schon heilbar sein". Ein weiterer Bürger sieht das Projekt als gescheitert an und plädiert für eine neue Vergabe. Zudem wird vorgeschlagen, 3 - 4 Häuser zu bauen, in denen sowohl Flüchtlinge als auch Wohnungssuchende untergebracht werden können. Frau Lühders habe den Eindruck, dass hier sehr viel gemauschelt wird. Warum legen einige Abgeordnete nicht die Karten auf den Tisch. Sie sehe darin in Kremen ein System, das beendet werden muss. Vernünftig wäre es, sozialen Wohnraum zu schaffen.</p> <p>Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zu verzeichnen sind, beendet Herr Reckin den Tagesordnungspunkt.</p>			
5.	<p>Anfragen und Informationen der Abgeordneten</p> <p>Frau Karas schlägt eine kurze Unterbrechung der Sitzung vor. Daraufhin beantragt die stellv. Fraktionsvorsitzende der SPD, Frau Margareta Ganschow, die Sitzungsunterbrechung. Herr Reckin lässt eine 7-minütige Pause zu. Um 20:50 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.</p> <p>Herr Tietz lädt alle zum 07.05.2016 um 18:00 Uhr zu einem stillen Gedenken anlässlich des Tages der Befreiung ein. Die Veranstaltung findet am Gedenkstein auf dem Marktplatz statt. Dazu laden ein die Basisorganisation der Linken, der Bürgermeister Klaus-Jürgen Sasse und der Vorsitzende des Ortsverbandes der SPD Wolfgang Engel.</p> <p>Außerdem berichtet Herr Tietz, dass er am Schreibwarenladen in Kremen eine Aufforderung zur Zusammenkunft einer inoffiziellen Veranstaltung zur Kita-Satzung gelesen habe. Am 19.05.2016 berate der Kultur- und Sozialausschuss das erste Mal in öffentlicher Sitzung die Satzung, die auch ins Internet gestellt wird. Das könne nicht der Stil einer guten Zusammenarbeit sein.</p> <p>Herr Koop bezieht sich auf die bereits erwähnten rückläufigen Flüchtlingszahlen. Er regt an, die angefangenen Häuser auf eine überschaubare Größe nach einer rechtskonformen Ausschreibung zu bauen. Es sollte nochmal das Gespräch mit dem Landrat gesucht werden. Der Landkreis habe mehrere</p>			

<p>Objekte saniert, die nicht ausgelastet sind. Mittel aus dem Kredit könnten dann an anderer Stelle zur Verfügung gestellt werden, z.B. Wohnungsbau am Klubhaus.</p> <p>Herr Förster konnte sich aus betrieblichen Gründen nicht intensiv mit den Unterlagen beschäftigen. Er betont noch einmal, dass Frau Hoen, nicht wie fälschlicherweise verstanden wurde, gekündigt wurde, sondern Frau Hoen hat eigenständig gekündigt.</p> <p>Herr Busse bezieht sich noch einmal auf die Mail an die Flatower Kita-Leiterin, aus der hervorgeht, dass alle Vergabeverfahren aufgrund der Beschwerde einiger Abgeordneter gestoppt wurden. Das sei nicht so, nur das Vergabeverfahren zum Bau der Asylbewerberwohnanlage wurde von Abgeordneten kritisiert. Wenn alle Ausschreibungen gestoppt wurden, heißt das, es sind alle Vergaben der Verwaltung fehlerhaft gewesen. Die Formulierung "aufgrund der Beschwerden von Abgeordneten" könne er nicht stehen lassen. Frau Stolzenberg habe das Recht ihre Meinung zu äußern, entgegnet Herr Sasse. Es gehe ausschließlich um freihändige Vergaben, die fangen bei 500 € an. Es werden nicht nur die Vergaben der Spielgeräte überprüft, sondern auch die Vergaben für das BV Klubhaus und für den Straßenbau. Er habe angeordnet, die Vergaben der Spielplatzgeräte mit absoluter Priorität zu bearbeiten.</p> <p>Herr Bommert denkt, dass es nicht sein kann, dass Mitarbeiter der Verwaltung die Arbeit von gewählten Abgeordneten kritisieren. Es könne nicht sein, dass einer Kita-Leiterin angeschrieben wird, sie bekomme keine Spielgeräte, weil die Abgeordneten das so gemacht haben.</p> <p>Herr Koop weist noch darauf hin, dass es keine unterschiedlichen Rechtsauffassungen bei Vergaben geben könne. Es gebe die VOB Teil A und die sei bindend. Der Bürgermeister entgegnet, wenn das so wäre, bräuhete man keine spezialisierten Vergabeanwälte und Gerichte.</p> <p>Herr Reckin weist noch darauf hin, dass in der nächsten SVV am 12.05.2016 eine Tischvorlage vorbereitet wird. Der Vorsitzende der UWG / LGU-Fraktion beantragte die Neubesetzung des Finanzausschussvorsitzes.</p> <p>Der Vorsitzende, Herr Reckin, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:05 Uhr.</p>			
--	--	--	--